

LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2009 — 320

[C — 2008/00031]

23 AVRIL 2008. — Loi complétant la transposition de la Directive 2002/14/CE du Parlement européen et du Conseil du 11 mars 2002 établissant un cadre général relatif à l'information et à la consultation des travailleurs dans la Communauté européenne. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 23 avril 2008 complétant la transposition de la Directive 2002/14/CE du Parlement européen et du Conseil du 11 mars 2002 établissant un cadre général relatif à l'information et à la consultation des travailleurs dans la Communauté européenne (*Moniteur belge* du 16 mai 2008).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2009 — 320

[C — 2008/00031]

23 APRIL 2008. — Wet tot aanvulling van de omzetting van Richtlijn 2002/14/EG van het Europees Parlement en de Raad van 11 maart 2002 tot vaststelling van een algemeen kader betreffende de informatie en de raadpleging van de werknemers in de Europese Gemeenschap. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 23 april 2008 tot aanvulling van de omzetting van Richtlijn 2002/14/EG van het Europees Parlement en de Raad van 11 maart 2002 tot vaststelling van een algemeen kader betreffende de informatie en de raadpleging van de werknemers in de Europese Gemeenschap (*Belgisch Staatsblad* van 16 mei 2008).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2009 — 320

[C — 2008/00031]

23. APRIL 2008 — Gesetz zur Ergänzung der Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 23. April 2008 zur Ergänzung der Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST BESCHÄFTIGUNG, ARBEIT UND SOZIALE KONZERTIERUNG

23. APRIL 2008 — Gesetz zur Ergänzung der Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft

ALBERT II., König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 78 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

Art. 2 - Artikel 52 des Gesetzes vom 4. August 1996 über das Wohlbefinden der Arbeitnehmer bei der Ausführung ihrer Arbeit wird durch folgenden Absatz ergänzt:

«Absatz 1 ist nicht auf Kapitel VIII Abschnitt 4 Unterabschnitt 2 des vorliegenden Gesetzes anwendbar.»

Art. 3 - Kapitel VIII Abschnitt 4 desselben Gesetzes wird durch folgenden Abschnitt ersetzt:

«Abschnitt 4 — Befugnisse

Unterabschnitt 1 — Allgemeine Befugnisse

Art. 65 - Der Ausschuss hat im Wesentlichen als Aufgabe, alle Mittel zu suchen und vorzuschlagen und sich aktiv an allem zu beteiligen, was unternommen wird, um das Wohlbefinden der Arbeitnehmer bei der Ausführung ihrer Arbeit zu fördern. Der König kann diese Aufgabe eingehender beschreiben und dem Ausschuss im Rahmen der in Artikel 4 erwähnten Bereiche zusätzliche Aufgaben anvertrauen.

Unterabschnitt 2 — Besondere Befugnisse

Art. 65*bis* - § 1 - In Ermangelung eines Betriebsrates erteilt der Arbeitgeber dem Ausschuss wirtschaftliche und finanzielle Grundinformationen in Bezug auf:

- a) Satzung des Unternehmens,
- b) Wettbewerbsstellung des Unternehmens auf dem Markt,
- c) Produktion und Produktivität,
- d) Programm und allgemeine Zukunftsperspektiven des Unternehmens.

Diese Grundinformationen werden den Mitgliedern des Ausschusses binnen zwei Monaten nach ihrer Wahl oder Wiederwahl erteilt.

§ 2 - In Ermangelung eines Betriebsrates übermittelt der Arbeitgeber dem Ausschuss ein Exemplar der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, des Anhangs, des Jahresberichts.

Diese Unterlagen sind Gegenstand von Jahresauskünften. Sie müssen binnen drei Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres erteilt und erörtert werden.

Hat das Unternehmen oder die Körperschaft, der es angehört, die Form einer Gesellschaft, muss die der Prüfung dieser Auskünfte gewidmete Versammlung des Ausschusses vor der Generalversammlung stattfinden, auf der die Gesellschafter sich zu der Geschäftsführung und dem Jahresabschluss äußern. Das Protokoll dieser Versammlung wird den Gesellschaftern auf der vorerwähnten Generalversammlung mitgeteilt.

Die Unterlagen in Bezug auf die Jahresauskünfte werden den Mitgliedern des Ausschusses mindestens fünfzehn Tage vor der Versammlung ausgehändigt, die zwecks Prüfung dieser Auskünfte einberufen wird.

Art. 65*ter* - Die in Artikel 65*bis* § 1 Absatz 1 Buchstabe a) erwähnten Informationen über die Satzung des Unternehmens oder gegebenenfalls der Körperschaft, der Wirtschafts- oder der Finanzeinheit, der es angehört, umfassen zumindest folgende Angaben:

1. Rechtsform,
2. Satzung und etwaige Satzungsänderungen,
3. Leitung,
4. mittel- und langfristige Finanzierungsmittel und insbesondere wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen, die es beziehungsweise sie mit anderen Körperschaften beziehungsweise Wirtschafts- oder Finanzeinheiten unterhält, und Art dieser Beziehungen,
5. gegebenenfalls Vorhandensein und Art der Vereinbarungen und Abkommen, die für die Lage des Unternehmens grundlegende und dauerhafte Folgen haben.

Art. 65*quater* - Die in Artikel 65*bis* § 1 Absatz 1 Buchstabe b) erwähnten Informationen über die Wettbewerbsstellung des Unternehmens oder der Körperschaft, der es angehört, auf dem Markt umfassen zumindest folgende Angaben:

1. wichtigste nationale und internationale Konkurrenten, denen das Unternehmen entgegentreten muss,
2. Wettbewerbsmöglichkeiten und -schwierigkeiten,
3. Absatzgebiete,
4. Kauf- und Verkaufsverträge und -abkommen, die für das Unternehmen grundlegende und dauerhafte Folgen haben,
5. verschiedene Arten Verträge, die mit dem FÖD Wirtschaft abgeschlossen wurden, wie Programm-, Fortschritts-, Umstrukturierungsverträge,
6. Angaben, die ermöglichen sollen, sich ein allgemeines Bild über die Vermarktung der Erzeugnisse des Unternehmens zu machen, so zum Beispiel in Bezug auf Absatzwege, Verkaufstechniken, bedeutsame Angaben in Bezug auf Handelsspannen,
7. Buchungsangaben in Bezug auf Umsatz und Entwicklung des Umsatzes über fünf Jahre mit prozentualer Angabe des auf dem Binnenmarkt, in EU-Ländern beziehungsweise in Drittländern erzielten Umsatzes. Umfasst das Unternehmen mehrere Unterteilungen, so wird die Aufgliederung der Angaben nach Unterteilungen gegebenenfalls auch mitgeteilt,
8. eine Übersicht über Selbstkosten- und Verkaufspreise pro Stück, aus der das Niveau und die Entwicklung dieser Preise, möglichst pro Stück, ersichtlich ist. Ist es nicht möglich, eine derartige Übersicht zu vermitteln, macht der Arbeitgeber Angaben über die Entwicklung der Selbstkosten- und Verkaufspreise pro Warengruppe oder pro Unterteilung oder für eine bestimmte Anzahl repräsentativer Produkte,
9. Marktstellung und Entwicklung des Unternehmens auf dem Binnenmarkt, in der Europäischen Union und in Drittländern, gegebenenfalls pro Unterteilung.

Art. 65*quinquies* - Die in Artikel 65*bis* § 1 Absatz 1 Buchstabe c) erwähnten Informationen über Produktion und Produktivität umfassen zumindest folgende Angaben:

1. Entwicklung der Produktion, ausgedrückt in Volumen, Zahlen oder Gewicht sowie in Wert und Mehrwert,
2. Nutzung der wirtschaftlichen Produktionskapazität,
3. Entwicklung der Produktivität, um insbesondere den Mehrwert pro Arbeitsstunde oder die Produktion pro Arbeitnehmer hervorzuheben. Diese Angaben müssen in chronologischen Serien, die sich über fünf Jahre erstrecken, erteilt werden. Gegebenenfalls müssen sie pro Unterteilung gemacht werden.

Art. 65*sexies* - Die in Artikel 65*bis* § 1 Absatz 1 Buchstabe d) erwähnten Informationen über Programm und allgemeine Zukunftsperspektiven des Unternehmens oder der Körperschaft, der Wirtschafts- oder der Finanzeinheit, der es angehört, erstrecken sich auf alle Aspekte der Tätigkeit des Unternehmens, insbesondere auf industrielle, finanzielle, kommerzielle und soziale Aspekte und auf die Forschungsarbeit, einschließlich Prognosen hinsichtlich des weiteren Ausbaus und Auskünften über die Finanzierung geplanter Investitionen.

Art. 65*septies* - In Abweichung von Artikel 95 des vorliegenden Gesetzes kann der König durch einen im Ministerrat beratenen Erlass und nach einstimmiger Stellungnahme des Nationalen Arbeitsrates und des Zentralen Wirtschaftsrates die Modalitäten in Bezug auf die Art, den Umfang, die Häufigkeit und die Art und Weise der Mitteilung der zu erteilenden Auskünfte näher bestimmen.

Art. 65*octies* - § 1 - Kann durch die Erteilung einer Information in der vorgeschriebenen Form oder innerhalb des bestimmten Zeitraums ein Nachteil für das Unternehmen entstehen, kann der Unternehmensleiter ermächtigt werden, für folgende Auskünfte vom Grundsatz der Mitteilungspflicht abzuweichen:

1. Umsatz in absoluten Zahlen und Aufgliederung des Umsatzes pro Unterteilung,
2. was Programm und allgemeine Zukunftsperspektiven von Unternehmen im Vertriebssektor betrifft, geplante neue Verkaufsstellen,
3. Aufgliederung der Angaben in Bezug auf die Gewinn- und Verlustrechnung pro Unterteilung.

§ 2 - Von dieser Abweichungsmöglichkeit kann jedoch nur mit vorheriger Genehmigung eines der aufgrund von Artikel 80 des vorliegenden Gesetzes für die Überwachung des vorliegenden Unterabschnitts vom König benannten Beamten Gebrauch gemacht werden.

Der Abweichungsantrag muss mit Gründen versehen werden. Ihm werden alle Unterlagen, die für die Beurteilung seiner Rechtmäßigkeit notwendig sind, und das Protokoll der Versammlung des Ausschusses beigelegt, auf der der Unternehmensleiter zuvor mitgeteilt hat, für welche Art Informationen er eine Abweichung erhalten möchte.

Der Antrag wird nach Befragung eines beim Zentralen Wirtschaftsrat gebildeten Ad-hoc-Ausschusses genehmigt oder abgelehnt: Zusammensetzung, Befugnisse und Arbeitsweise dieses Ausschusses werden durch Ministeriellen Erlass bestimmt.

Der Antrag darf nicht abgelehnt werden, wenn die einstimmige Stellungnahme des Ad-hoc-Ausschusses das einstimmige Einverständnis bestätigt, das der Ausschuss gegebenenfalls anlässlich der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Mitteilung geäußert hat. Jeder Beschluss des zuständigen Beamten muss mit Gründen versehen werden.

§ 3 - Der zuständige Beamte benachrichtigt den Unternehmensleiter und den Präsidenten des Ausschusses von seinem Beschluss.

Wenn Auskünfte nicht in der vorgesehenen Form erteilt werden können, werden andere Angaben, die dazu geeignet sind, eine gleichwertige Information zu vermitteln, dem Ausschuss mitgeteilt.

Können Auskünfte nicht sofort erteilt werden, muss der Unternehmensleiter sie nach Ablauf einer Frist erteilen, die er dem zuständigen Beamten mitgeteilt hat.

Art. 65*novies* - Der Unternehmensleiter weist bei seinen Mitteilungen an den Ausschuss gegebenenfalls auf den vertraulichen Charakter bestimmter Angaben hin, deren Verbreitung dem Unternehmen Schaden zufügen könnte.

Ist der Ausschuss sich diesbezüglich nicht einig, entscheidet einer der aufgrund von Artikel 80 des vorliegenden Gesetzes für die Überwachung des vorliegenden Unterabschnitts vom König benannten Beamten, ob die betreffenden Auskünfte als vertraulich angesehen werden können. Die Bestätigung oder Verweigerung des vertraulichen Charakters erfolgt gemäß dem in Artikel 65*octies* § 2 festgelegten Verfahren.

Art. 65*decies* - In Ermangelung eines Betriebsrates und einer Gewerkschaftsvertretung tritt der Ausschuss in das Recht auf Information und Konsultation des Betriebsrates oder, in dessen Ermangelung, der Gewerkschaftsvertretung, erwähnt in Artikel 38 § 3 des Gesetzes vom 16. März 1971 über die Arbeit und in den im Nationalen Arbeitsrat geschlossenen kollektiven Arbeitsabkommen Nr. 9 vom 9. März 1972, ohne dass der Ausschuss mehr Informationen erhält als die Gewerkschaftsvertretung, Nr. 24 vom 2. Oktober 1975, Nr. 32*bis* vom 7. Juni 1985, Nr. 39 vom 13. Dezember 1983 und Nr. 42 vom 2. Juni 1987.

Art. 65*undecies* - Die in vorliegendem Unterabschnitt vorgesehene Befugnisweiterung hat keine Auswirkung auf die in Artikel 11 § 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen, erwähnten Befugnisse.»

Art. 4 - Artikel 81 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 11. Juni 2002, wird wie folgt ergänzt:

«3. der Arbeitgeber, der die Erfüllung der Aufgaben des Ausschusses beeinträchtigt, indem er dem Ausschuss keine Information erteilt oder ihn nicht konsultiert in Bezug auf die Angelegenheiten und gemäß den Modalitäten, die durch oder aufgrund der Artikel 65*bis* bis 65*undecies* vorgesehen sind.»

Art. 5 - Artikel 1*bis* § 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 30. Juni 1971 über die administrativen Geldbußen, die bei Verstößen gegen bestimmte Sozialgesetze zur Anwendung kommen, ersetzt durch das Gesetz vom 23. März 1994 und zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 1. März 2007, wird wie folgt ergänzt:

«g) der in Artikel 81 Nr. 3 des Gesetzes vom 4. August 1996 über das Wohlbefinden der Arbeitnehmer bei der Ausführung ihrer Arbeit erwähnte Arbeitgeber.».

Art. 6 - Vorliegendes Gesetz tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 23. April 2008

ALBERT

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Beschäftigung
Frau J. MILQUET

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz
J. VANDEURZEN

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

F. 2009 — 321

[S - C - 2009/03042]

11 JANVIER 2009. — Arrêté royal autorisant le Ministre des Finances à poursuivre, en 2009, l'émission des emprunts dénommés « Obligations linéaires » l'émission des emprunts dénommés « Bons d'Etat », ainsi que les « Euro Medium Term Notes »

ALBERT II, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi de finances du 24 décembre 2008 pour l'année budgétaire 2009, l'article 20, § 1^{er}, 1°;

Vu l'arrêté royal du 16 octobre 1997 relatif aux obligations linéaires, modifié par les arrêtés royaux des 6 décembre 2000, 19 mars 2002 et 26 mars 2004;

Vu l'arrêté royal du 9 juillet 2000 relatif à l'émission des bons d'Etat, modifié par les arrêtés royaux des 18 février 2003, 31 juillet 2004, 10 novembre 2006 et 23 mai 2007,

Vu l'arrêté royal du 12 juin 2008 relatif à l'émission des Euro Medium Term Notes de l'Etat belge;

Sur la proposition du Ministre des Finances,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Le Ministre des Finances est autorisé à émettre en 2009 :

1° les obligations linéaires dont le cadre général d'émission est prévu par l'arrêté royal du 16 octobre 1997 relatif aux obligations linéaires;

2° les bons d'Etat dont le cadre général d'émission est prévu par l'arrêté royal du 9 juillet 2000 relatif à l'émission des bons d'Etat;

3° les Euro Medium Term Notes dont le cadre général d'émission est prévu par l'arrêté royal du 12 juin 2008 relatif à l'émission des Euro Medium Term Notes de l'Etat belge.

Art. 2. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} janvier 2009.

Art. 3. Le Ministre des Finances est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 11 janvier 2009.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre des Finances,
D. REYNDEERS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIËN

N. 2009 — 321

[S - C - 2009/03042]

11 JANUARI 2009. — Koninklijk besluit dat de Minister van Financiën machtigt tot voortzetting, in 2009, van de uitgifte van de leningen genaamd « Lineaire obligaties », van de uitgifte van de leningen genaamd « Staatsbons », alsook van « Euro Medium Term Notes »

ALBERT II, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de financiewet van 24 december 2008 voor het begrotingsjaar 2009, artikel 20, § 1, 1°;

Gelet op het koninklijk besluit van 16 oktober 1997 betreffende de lineaire obligaties, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 6 december 2000, 19 maart 2002 en 26 maart 2004;

Gelet op het koninklijk besluit van 9 juli 2000 betreffende de uitgifte van Staatsbons, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 18 februari 2003, 31 juli 2004, 10 november 2006 en 23 mei 2007;

Gelet op het koninklijk besluit van 12 juni 2008 betreffende de uitgifte van de Euro Medium Term Notes van de Belgische Staat;

Op de voordracht van de Minister van Financiën,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. De Minister van Financiën wordt gemachtigd om in 2009 over te gaan tot uitgifte van :

1° lineaire obligaties waarvan het algemeen uitgiftekader bepaald wordt bij het koninklijk besluit van 16 oktober 1997 betreffende de lineaire obligaties;

2° Staatsbons waarvan het algemeen uitgiftekader bepaald wordt bij het koninklijk besluit van 9 juli 2000 betreffende de uitgifte van Staatsbons;

3° Euro Medium Term Notes waarvan het algemeen uitgiftekader bepaald wordt bij het koninklijk besluit van 12 juni 2008 betreffende de uitgifte van de Euro Medium Term Notes van de Belgische Staat.

Art. 2. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2009.

Art. 3. De Minister van Financiën is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 11 januari 2009.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Financiën,
D. REYNDEERS